



Landesregierung kontra LandesbeamtInnen

Von Rüdiger Seidenspinner, GdP-Landesvorsitzender

Die Entscheidung der Landesregierung zur späteren Übernahme des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten ist für uns nach wie vor völlig inakzeptabel und unzumutbar. Das haben wir, die ständig für andere und für diese Politik den Kopf hinhalten, nicht verdient! Diese Entscheidung zeugt nicht nur von Geringschätzung, sondern auch von Kurzsichtigkeit.

Aber kurz zur Geschichte.

Die Tarifverhandlungen in Potsdam verliefen zwar zäh und anstrengend, doch im Ergebnis zufriedenstellend.

Insgesamt sind 5,6% Einkommensplus für die Angestellten in den Jahren 2013 und 2014 in Zeiten, die von einem Sparwahn beherrscht werden, doch ein kleiner Erfolg. Hochinteressant ist vor allem, wie was wie hoch gegengerechnet wird. So entspricht ein Urlaubstag mehr oder weniger rund 0,25% Einkommensplus oder minus.

Leider war aber bereits zu diesem Zeitpunkt klar, dass für uns, die Beamten/-innen im Land, der Kampf jetzt erst beginnt. Hatte unser Finanzminister doch bereits im Januar den Handlungsspielraum auf 1,5% beschränkt.

Die Regierungskoalition hatte die Übernahme des Tarifergebnisses zwar auf den Beamtenbereich angekündigt – so steht es auch im Koalitionsvertrag – aber auch unmissverständlich klargemacht, dass sie den Staatshaushalt weiter auf Kosten der Beamtinnen und Beamten sanieren wollen. Der Verhandlungsspielraum im Lande reichte demnach nur noch von einer inhaltsgleichen, aber zeitversetzten und sozial gestaffelten Übernahme bis zu einer Nullrunde, wie sie insbesondere von den Hardlinern der „Grünen“ immer wieder gefordert wurde und immer noch wird.

Deren Rechnung lautet ganz einfach:

„Drei Nullrunden im Land für den öffentlichen Dienst und der Landeshaushalt wäre saniert bzw. ausgeglichen.“

Alleine schon dieses Ansinnen zeigt, welchen Stellenwert unsere Arbeit in deren Augen hat. Das hat mit neuer Offenheit und Verhandlungen auf Augenhöhe nichts, aber rein gar nichts zu tun. Ein Ta-



rifabschluss für die Beamten/-innen in NRW, der bis A 12 eine sozial gestaffelte Übernahme enthält und ab A 13 für 2013 und 2014 eine Nullrunde bedeutet, war genauso eine Steilvorlage wie das Angebot des baden-württembergischen Beamtenbündchens Volker Stich, „eine Verschiebung der Übernahme des Tarifabschlusses um ein Jahr (also de facto eine Nullrunde für 2013) könne man durchaus hinnehmen“. Da frage ich mich wirklich, ob Herrn Stich noch bekannt ist, was z. B. eine Polizistin/ein Polizist in A 8 verdient, besser gesagt bekommt.

Aber wie gesagt, mit diesem zusätzlichen Ballast lässt sich nur schwer verhandeln. Die Landesregierung in NRW hatte wenigstens so viel Charakter, dass sie auch die Gehälter der Minister und Staatssekretäre sowie die Diäten der Abgeordneten ebenfalls zwei Jahre nicht anheben will.

Davon ist unsere Landesregierung ja weit entfernt. Wenn es ums Sparen geht, fallen auch ihr immer nur ihre Bediensteten ein. Der eigene Geldbeutel ist tabu.

Dieses Spiel kennen wir zur Genüge, denn seit 1982 wurden unsere Erhöhungen um insgesamt 44 Monate verschoben! Zusammen mit allen weiteren Kürzungen und Verschlechterungen kommen wir in dieser Zeit gut auf ein ¼ Milliarde €, die wir alleine zur Haushaltssanierung beigetragen haben. Eine riesige Summe, um die wir der Einkommensentwicklung in der „Freien Wirtschaft“ hinterherhinken. Das

tut einfach nur weh, hat mit Wertschätzung nichts mehr zu tun und macht den öffentlichen Dienst alles andere als attraktiv.

Trotz aller Einwände kam nur eine deutlich zeitlich versetzte Übernahme des Tarifabschlusses zustande.

Demnach soll die Besoldungserhöhung für die unteren Besoldungsgruppen bis einschließlich A 9 um sechs Monate verzögert, also zum 1. Juli angepasst werden, die Gruppe bis einschließlich A 11 zum 1. Oktober und ab A 12 wird für 2013 eine Nullrunde verordnet. Für diese Gehaltsgruppen gibt es eine Übernahme erst zum 1. Januar 2014. Besonders schlimm ist, dass man die „A12er“ mit „B 6“ gleichstellt. Doch damit nicht genug, die Landesregierung hat bereits jetzt schon festgelegt, dass diese Staffelung auch für die Jahre 2015/2016, also in die nächsten Tarifverhandlungen hineingreifen sollen.

So etwas hat es noch nie gegeben! Eine Regelung im Vorgriff ist ein Affront.

Da hilft auch nicht, dass die grünen Kräfte der Landesregierung ihr eigentliches Ziel, eine zweijährige Nullrunde, nicht erreicht haben, denn zu Beginn dieses Jahres wurde uns bei der Freien Heilfürsorge und der Beihilfe schon einmal kräftig in den Geldbeutel gegriffen.

Wer rechnen kann, stellt schnell fest, dass die Entscheidung der Landesregierung de facto eine Nullrunde darstellt, denn die Inflationsrate kann nicht einmal von denen ausgeglichen werden, die „nur“ um ein halbes Jahr verschoben werden! Für den Rest bedeutet das keine Null-, sondern eine Minusrunde.

Das ist schlichtweg nicht annehmbar, insbesondere mit Blick auf weitere geplante Einschnitte.

Wir werden das Menschenmögliche tun, dieses Ergebnis noch zu verbessern. Zur Not müssen wir halt wirklich wieder auf die Straße – nur dann ist mehr Unterstützung und Interesse gefordert, als beim bundesweiten Aktionstag am 5. März. Immerhin hat dieser Warnstreik ein durchaus akzeptables Ergebnis gebracht – nur leider nicht für uns, die Beamten/-innen des Landes Baden-Württemberg. Zumindest bis-

Fortsetzung auf Seite 2



Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse redaktion@gdp-bw.de zu erreichen.

Bitte alle Artikel, die in der Deutschen Polizei, Landesjournal, oder in der GdPdigi@l veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden.

In dringenden Fällen erreicht Ihr uns auch unter der Telefonnr. 0 15 25/ 3 45 43 84.

Der Redaktionsschluss für die Juni-Ausgabe 2013 des Landesjournals Baden-Württemberg ist Freitag, der 3. Mai 2013, und für die Juli-Ausgabe 2013, Freitag, der 7. Juni 2013.

Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden.

Zur einfacheren Bearbeitung bitten wir um Übersendung von unformatierten Texten ohne Fotos, diese bitte separat zusenden.

Wolfgang Kircher und Thomas Mohr

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-bw.de
Internet: www.gdp-bw.de

Service GmbH BW:

Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-service.com

Redaktion:

Wolfgang Kircher (V.i.S.d.R.)
Schwalbenweg 23
71139 Ehningen
privat: (0 70 34) 76 83
Mobil: (0 15 25) 3 45 43 84
E-Mail: redaktion@gdp-bw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteller:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381

Fortsetzung von Seite 1

her nicht. Beim Hinweis auf die Finanzsituation der Bediensteten hat die Landesregierung uns als Gewerkschaftern ganz schnell vorgerechnet, dass die 1:1-Übernahme das Land 500 Millionen € kosten würde und dass hierfür dann 10 000 Stellen gestrichen werden müssten. Wobei wir davon ausgehen, dass die Stellenstreichungen damit noch lange nicht vom Tisch sind.

Fast könnte jemand auf die Idee kommen, zu empfehlen, die Polizei ganz abzuschaffen.

Da würde das Land richtig Geld sparen und die Kriminalstatistik wäre endlich dort, wo manche sie schon lange haben wollen.

Wenn es in Gesprächen um Einschnitte im Beamtenbereich geht, nützen gerade die Grünen jede Gelegenheit, auf die staatsbürgerlichen Pflichten der Beamtinnen und Beamten hinzuweisen. Wir aber fragen: wo bleibt die Fürsorgepflicht des sogenannten Dienstherrn seinen Beamtinnen und Beamten gegenüber? Hat die, wenn es ums Geld geht, Pause? Oder wird sie tatsächlich nur in der Rechtschreibung groß geschrieben?

Interessant ist auch, dass immer nur die Opposition lautstark auf unserer Seite ist. Als die CDU unsere Gehaltserhöhungen geschoben oder ganz gestrichen haben, wetteten selbst die Grünen im Landtag lautstark und wortreich dagegen, an der Spitze der damalige Fraktionsvorsitzende W. Kretschmann. Nun sind die Rollen umgekehrt und ein damaliger Befürworter der Einschnitte bei den Beamten, nämlich der Fraktionsvorsitzende der CDU, Peter Hauck, macht sich nun für die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme stark. Die Grünen dagegen würden uns am liebsten gar nichts geben. Verkehrte Welt oder einfach nur Politik der Regierenden?

Wie das Statistische Landesamt in Baden-Württemberg festgestellt hat, haben sich die dem Land Baden-Württemberg nach der Verteilung der Steuern auf Bund, Länder und Gemeinden zustehenden kassenmäßigen Steuereinnahmen im Jahr 2012 um 2,4 Milliarden € oder 8,7% gegenüber dem Vorjahr erhöht. Die Steuereinnahmen betragen somit 29,7 Milliarden €. Der Anteil der gemeinschaftlichen Steuern liegt bei 27,6 Milliarden € (+ 8,8%); an reinen Landessteuern nahm der Fiskus 2,1 Milliarden € (+ 7,3%) ein.

Durch die Verschiebung der Besoldungserhöhung in 2013 und 2014 werden aus den anfangs genannten 44 Monaten, 50, 54 bzw. 56 Monate.

Bleibt abzuwarten, was die Landtagsabgeordneten mit ihren Diäten machen wer-

den. Diese orientieren sich ja bekanntlich nicht an Tarifabschlüssen sondern am sog. INDEXIERUNGSVERFAHREN. Nach diesem Verfahren werden die Diäten automatisch alle zwölf Monate neu berechnet. Das Statistische Landesamt teilt dem Landtag eine Maßzahl mit, die sich an der allgemeinen Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst UND in der FREIEN WIRTSCHAFT orientiert, danach erhöhen sich dann in schöner Regelmäßigkeit auch die Diäten. Schon rund einen Monat nach Amtsantritt unserer neuen Landesregierung erhöhten sich die Diäten zum ersten Mal, ein zweites Mal exakt zwölf Monate später.

Also eine Erhöhung innerhalb von zwölf Monaten exakt um 7,79%. Die nächste Erhöhung der Diäten steht für Juni 2013 an.

So was wünschen wir uns auch. Das könnte auch für die Besoldungsanpassung der Beamten ein gangbarer Weg werden. Es sei denn, man möchte sich der Spar-schweine der Nation nicht entledigen.

Nur, ohne Kampf werden wir das nicht (nie) erreichen. Darum sind mehr denn je Solidarität (auch wenn es noch so abgedroschen klingt), Fantasie und Initiative gefordert.

Wir kämpfen weiter, auch wenn die Rahmenbedingungen noch so schlecht sind. Dafür stehen wir, das ist Aufgabe einer Gewerkschaft.

„Gewerkschaft“ aber sind wir alle und große Ziele können wir nur gemeinsam erreichen.

*In diesem Sinne grüßt Euch Euer
Rüdiger Seidenspinner*

AUS DEN KREISGRUPPEN

JHV der Kreisgruppe Freiburg LPD

Die Jahreshauptversammlung 2013, zu der auch der Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner sein Kommen zugesagt hat, findet am Mittwoch, dem 22. Mai 2013, um 17.00 Uhr statt. Dazu laden wir alle Mitglieder der KG Freiburg LPD und der ehemaligen KG AkadPol, Dienstort Freiburg, in den Alemannensaal im DG der LPD Freiburg, Bissierstr. 1 in Freiburg, herzlich ein.

*Herzliche Grüße,
Harald Baldinger, Vorsitzender*



POLIZEIREFORM

Kripogipfel erneut beim Projektleiter Kriminalitätsbekämpfung

Am Donnerstag, dem 28. März, haben sich unsere Kripoexperten (mit dem Arbeitstitel: Kripogipfel) erneut mit dem Leiter des QP 5, Kriminalitätsbekämpfung, Ltd. KD Schatz und KR Ebert, getroffen. In einer sehr offenen, aber auch kritischen Atmosphäre wurden die Themen, die der Kriminalpolizei im Lande unter den Fingernägeln brennen, besprochen.

Gleich zu Beginn stellten wir klar, dass auch dieses Projekt einen „Pferdefuß“ hat. Wie alle Reformen zuvor gibt auch diese Strukturreform einen restriktiven landeseinheitlichen Aufbau vor, der wiederum keinen Spielraum für örtliche Besonderheiten und Aufgabenschwerpunkte lässt. Offensichtlich will man wieder nicht auf die Einwände und Vorschläge der Praktiker eingehen. Insbesondere die fast schon krampfhaft, flächendeckende Einführung von Kriminaldauerdienst und Verkehrsunfallaufnahme dienst führt in weiten Bereichen zu großen (personellen) Schwierigkeiten. Projektleiter Schatz sieht allerdings durchaus Spielräume vor Ort. Allerdings müssten lage- oder aufgabenorientierte Abweichungen vor dem Hintergrund örtlicher Besonderheiten begründet werden. Wir äußerten unsere Befürchtung, dass alleine schon diese Vorgabe davon abhält, vom landeseinheitlichen Aufbau abzuweichen.

Vor den eigentlichen Fachthemen gingen wir kurz auf die allgemeine Personalsituation ein. Die Reform zeige jetzt schon, dass das Personal offensichtlich nicht ausreicht, um alle Arbeitsbereiche funktionsfähig auszustatten. Außerdem hat der Personalmangel in der Fläche, insbesondere in den Streifendiensten, in den letzten Jahren ständig zugenommen. Ltd. KD Schatz sieht da allerdings weniger ein Personal- als ein Personalverteilungsproblem. Er tendiere eher dazu, die Parameter zu überprüfen und ggfs. nachzubessern. „Erschwerend“ kommt die Möglichkeit zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit hinzu, die eine nicht unerhebliche Auswirkung auf eine verlässliche Personalplanung hat.

Die anschließende Diskussion reicht von dem tatsächlichen Einsparpotenzial dieser Möglichkeit für das Land über die Forderungen der GdP (Streichung des 10%-igen Zuschlages als Beitrag zur Sanierung des Landeshaushaltes) bis hin zu den (negativen) Auswirkungen auf die

Personalplanung. Schatz spricht sich für Stellenklarheit aus, weshalb derzeit beispielsweise die (Dauer-)Abordnungen zum LKA bereinigt werden. Dasselbe gelte aber auch für das Land. Im Land werden in der neuen Struktur rund 400 Kollegen/-innen von S zu K abgeordnet sein, während rund 100 Kollegen/-innen von K- auf „S-Stellen geführt werden“.



Kripogipfel im Gespräch, v. l. n. r.: Gundram Lottmann, Harald Steinhart, Annette Geiger, Hans-Jürgen Ahms, Rüdiger Seidenspinner, Ltd. KD Schatz, KR Ebert

Wie nicht anders zu erwarten, kamen wir gleich zum Haupt-(reiz-)thema: Kriminaldauerdienst (KDD). Hier scheinen die Meinungen doch noch sehr weit auseinander zu liegen. Unbestritten ist jedoch, dass sich die Einführung eines KDD bei der Bayerischen Polizeireform nach anfänglichen Schwierigkeiten in den dortigen Strukturen inzwischen als Erfolgsmodell darstellt.

Allerdings sehen wir, im Gegensatz zur Projektleitung, große Probleme bei der Rekrutierung von geeignetem Personal für den KDD. Während sowohl Schatz als auch Ebert positive Signale aus den Workshops mitgenommen haben, geben wir zu bedenken, dass nach unseren bisherigen Erfahrungen ein Großteil des Personals „zwangsrekrutiert“ werden muss. Eine fehlende Aufgabenbeschreibung, die Vorgabe: „lagebildorientierter Dienst“, ein offensichtlich viel zu geringer Personalansatz (hier „schielen“ die Verantwortlichen wohl auf eventuell fehlende POLAS-Anzeigen) und fehlende berufliche Perspektiven halten viele potenzielle Bewerber/-innen zurück. Insbesondere die Formulierung „lagebildorientierter Dienst“ schreckt ab, da sie die Gefahr des „Missbrauches als Verfügungsmasse“ beinhaltet bzw. an „moderne Sklaverei“ erinnert.

Um den KDD vielleicht doch noch auf die Erfolgsspur zu bringen, erheben wir klare Forderungen:

– Nicht nur das positive Fazit zum KDD aus dem Evaluationsbericht der Bayerischen Polizeireform übernehmen, sondern auch aus den Anfangsfehlern, zu wenig und zu unerfahrenes Personal zu rekrutieren, zu lernen.

– Daher muss der KDD (wie die Inspektionen und Kommissariate auch) personell und technisch so (gut) ausgestattet werden, dass er in sich lebens-/funktionsfähig ist, d. h. ohne ständige personelle Verstärkung aus anderen Dienstgruppen oder gar Abordnungen!

– Fahndung darf nicht als Rückfallebene missbraucht werden.

– Anreize für erfahrene Kollegen/-innen müssen geschaffen werden, dies sind u. a. berufliche Perspektiven, z. B. ausgewiesene DGL-Stellen analog des Streifendienstes, Zugeständnisse bei der Arbeitszeit und zeitliche Befristung für die Verwendung im KDD.

Wir prognostizieren, dass dieses Dilemma bereits nach Abschluss der Erfassungsphase des IBV ersichtlich sein wird. Die dann feststehende Zahl der Freiwilligen für den KDD, auf die Projekte heruntergebrochen, wird unsere Befürchtungen bestätigen.

Ltd. KD Schatz verweist auf den Entwurf eines Rahmengeschäftsverteilungsplanes, sieht aber kaum eine Möglichkeit und eigentlich auch keine Notwendigkeit, zusätzliche Anreize für den KDD zu schaffen. Eine Leiterfunktion ähnlich DGF ist aus seiner Sicht nicht erforderlich, da der KDD hauptsächlich in selbstständiger Sachbearbeitung verrichtet werde und kaum Führungsaufgaben nötig seien. Er werde jedoch persönlich darauf achten, dass der KDD in der neuen Struktur auch funktioniert. Ziel sei außerdem, die Fachkarriere (neuer Begriff für Sachbearbeiterkarriere) zu realisieren. Ein erster Schritt dazu sei es, die Beurteilungsrichtlinien anzupassen bzw. an den neuen Gegebenheiten auszurichten.

Fortsetzung auf Seite 4



POLIZEIREFORM

Fortsetzung von Seite 3

Die Personalzuschnitte der zukünftigen Präsidien lassen wieder getrennte Vergleichsgruppen zwischen Schutz- und Kriminalpolizei zu. Auch sind zukünftig wieder getrennte Stellenhaushalte denkbar. Allerdings gibt es auch zu bedenken, dass die Erfüllungsstände in den einzelnen Besoldungsgruppen bei K durchweg höher seien als bei S. Deshalb müsse dieser Schritt sorgfältig abgewogen werden.

Eine klare Absage erteilten alle Beteiligten dem Ansinnen, K-Beamte/-innen



LV Rüdiger Seidenspinner, Projektleiter Ltd. KD Schatz und KR Ebert

bei AH-Einsätzen, also in den AH-Einheiten, einzusetzen. Da die Kriminalpolizei schon jetzt grundsätzlich bei allen Einsätzen lage- und aufgabenorientiert eingeplant ist, kann sich eine darüber hinausgehende Verwendung höchstens auf absolute Ausnahmefälle beschränken.

Deutliche Kritik haben wir an der derzeitigen Personalplanung geübt. Während jede Reform mehr Führungsfunktionen für den höheren Dienst gebracht habe, werden die Perspektiven für den gehobenen Dienst, insbesondere bei K, immer schlechter. Der Dienst bei der Kriminalpolizei werde immer unattraktiver, weil die Beförderungschancen bei S deutlich besser seien. Außerdem kritisierten wir erneut die starren Vorgaben für die Flächendienststellen. Ltd. KD Schatz erwiderte, dass die derzeitigen Personalberechnungen nach bestem Wissen und Gewissen aufgrund der derzeitigen Sachlage erstellt wurden. Wörtlich: „Wir starten mit der derzeitigen Personalplanung im Januar 2014“ und das Projekt lasse ausdrücklich Nachbesserung/-steuerung zu. Ihm selbst schwebte ein möglichst flexibler, lage- und aufgabenorientierter Aufbau vor. Wenn „K neu“ stehe und gestartet wurde, werde zeitnah und fortlaufend überprüft, ob die Strukturen in der Praxis so funktionieren. Für ihn gelte der Grundsatz, dass wir in die neue Struktur

hineinwachsen können. Wir hielten jedoch dagegen, dass Äußerungen wie z. B. die des Gesamtprojektleiters: „erst die Organisation, dann der Mensch“ oder eines Verantwortlichen bei einer DASTA-Veranstaltung: „Erst muss der Tanker fahren und dann können wir nach der Sozialverträglichkeit gucken“ nicht nur verunsichern, sondern geradezu Ängste schüren. Wir verwiesen erneut auf die politischen Zusagen einer sozialverträglichen Umsetzung der Polizeireform und der (inzwischen unterschriftsreifen) Dienstvereinbarung dazu. Wir „drohten“ auch erneut an, auf die Personalvertretungen einzuwirken, keinen zweifelhaften Personalmaßnahmen zuzustimmen und damit „den Tanker zu stoppen oder zumindest ins Trudeln zu bringen“.

Ähnliches gelte für die Sachausstattung. Schon jetzt fehlen überall PCs und die Kollegen/-innen müssen auf freie Arbeitsplätze warten. Die zu befürchtende dezentrale Unterbringung wird dieses Problem noch verschärfen. Daher unsere Forderung nach einer tatsächlich ausreichenden Sachausstattung. Schatz sagte zu, dieses Problem im Auge zu behalten. Vorgesehen seien beispielsweise Räume und Ausstattungen zur dezentralen Aus- und Fortbildung. Wir hielten dagegen, dass geeignete „Soko-Räume“ mit entsprechender Ausstattung wichtiger wären. Dies werde, so Schatz, im neuen Musterraumprogramm verankert.

Im Zusammenhang mit dem KDD wurde auch das Thema Arbeitszeit umfassend diskutiert. Während Schatz hier dringend Regelungsbedarf sieht, verwies unser Landesvorsitzender darauf, dass dies parallel zur Strukturreform nur un-



Aufmerksam – Jürgen Hagdorn und Robert Silbe

nötig zusätzliche Unruhe mit sich bringen würde. Zu unterschiedlich sind die Vorstellungen und Anforderungen im Land. Außerdem sei in der Vergangenheit genügend Zeit gewesen, die Arbeitszeit zu regeln. Vor einer Neuregelung sollte erst einmal die Diskussion auf europäischer Ebene abgewartet werden. Auf keinen

Fall darf der Aufbau des KDD zur „arbeitszeitrechtlichen Spielwiese“ werden, auf der sich der eine oder andere Projektverantwortliche gerne verwirklichen wollte. Es nütze auch nichts, wenn in Workshops Leute diskutieren, die in diesen Modellen gar nicht arbeiten werden/wollen. Wir plädierten für den Start im landeseinheitlichen Wechselschichtdienst. Dann können sich die tatsächlich Betroffenen mit Dienststelle und Personalrat auf neue Modelle einigen. Allerdings müssen sich auch diese an Arbeitszeit- und Arbeitsschutzrichtlinien orientieren. Außerdem habe die Vergangenheit gezeigt, dass flexible Arbeitszeitmodelle nur mit einem Koordinator (= Kümmerer), der für Gerechtigkeit sorgt, funktionieren haben. Ltd. KD Schatz zeigt sich grundsätzlich für neue Modelle offen, solange sie von den Betroffenen kommen bzw. gewollt sind. Ihm sei klar, dass es nur „mit den Mitarbeitern/-innen gehe.“

Weitere Themenbereiche waren das Tarifpersonal und die Polizeiverwaltung. Insbesondere bei unseren Tarifbeschäftigten sind Sozialverträglichkeit und Zumutbarkeit besonders sorgfältig zu prüfen. Dabei müssen die Projektverantwortlichen schon im Vorfeld ihrer Überlegungen sorgfältig agieren und argumentieren. Ansonsten ist mit einer Kündigungswelle zu rechnen. Äußerungen, wie oben beispielhaft erwähnt, sind kontraproduktiv und sorgen für zusätzliche Unruhe. Eine sozialverträgliche, flexible Umsetzung war bereits bei früheren Reformvorhaben möglich. Schatz sieht auch hier Spielraum vor Ort. Er verweist u. a. auf die Möglichkeit von Telearbeitsplätzen und erwartet, dass einheitliche Anreize geschaffen werden. Ähnliches gilt für die Verwaltungsbeamten/-innen. Sollten hier keine Perspektiven eröffnet werden, ist ebenfalls eine Abwanderungswelle zu befürchten. Wir fordern zeitnahe Gespräche, um Ängste zu nehmen und Wertschätzung zu vermitteln. Neben allen anderen (wichtigen) Aufgaben darf das Problem nicht aus den Augen verloren werden, sonst wird „Polizei zukünftig nicht mehr funktionieren“.

Mit dem gemeinsamen Ansatz, die Fehler der Reorganisation der Polizei (z. B. Fachaufsicht wieder zu K) rückgängig und den Stellenwert der Kriminalpolizei wieder anzuheben und damit wieder attraktiver zu machen, gingen wir nach einem 3-stündigen intensiven Austausch auseinander. Wir gehen jedoch davon aus, dass wir uns in gleicher Besetzung bald wieder sehen. Zu groß sind die geplanten Veränderungen und die zu erwartenden Auswirkungen. **LAD**





Neue Vorsitzende der Landesfrauen- gruppe

Annette Geiger, dienstlich bei der Kriminalpolizei Ludwigsburg zuhause, wurde am 24. 1. 2013 zur neuen Vorsitzenden der Landesfrauen-
gruppe BW gewählt.



Die 31-Jährige tritt verfrüht die Nachfolge der bisherigen Vorsitzenden Nicole Minge,

Polizeidirektion Konstanz, an, welche aus privaten Gründen zurücktrat. Nicole Minge bleibt jedoch tatkräftiges Mitglied des Landesfrauenvorstandes der GdP BW.

Arbeitnehmerinnenempfang des DGB in Stuttgart

Am 2. 2. 2013 fand der alljährliche Arbeitnehmerinnenempfang des DGB Baden-Württemberg im DGB-Haus in Stuttgart statt. Hier waren auch wie immer die Landesfrauen der GdP BW vertreten.

Durch die Bundesfrauenvorsitzende der GdP und Vorsitzende des DGB-Bezirksfrauenvorstandes, Dagmar Hölzl, wurden die Teilnehmerinnen begrüßt.

Danach erfolgte eine Darbietung des musikalisch-feministischen Duos „Frauengold“, welche mit dem 50er-Jahre-Frauenbild gekonnt kokettierte.

Christiane Benner, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG-Metall, brachte in ihrer Rede zum Ausdruck, dass sich Frauen schon seit Langem dafür engagieren, dass es kein Machtgefälle zwischen den Geschlechtern, sondern Gleichheit gibt. So soll jede Frau und jeder Mann fähig sein, eigenständig die Existenz zu sichern, ohne dabei auf ein



V. l. n. r.: Elke Runow, Uschi Maunz, Laura Melilli, Annette Geiger, Rita Henn, Dagmar Hölzl, Renate Pfeifer

bestimmtes Lebensmodell festgelegt zu werden. Hier bestehe auch bei den Gewerkschaften noch Nachholbedarf!

Zum Schluss wurde die stellvertretende DGB-Landesvorsitzende Marion von Wartenberg verabschiedet. Sie wurde am 26. 2. 2013 zur Staatssekretärin im Kultusministerium Baden-Württemberg ernannt.

AUS DEM LANDTAG

Anhörung zur Polizeireform und zur sozialverträglichen Umsetzung

Im März hatte die CDU-Landtagsfraktion zu einer Anhörung zur Polizeireform und zur sozialverträglichen Umsetzung eingeladen. Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Peter Hauk, begann seine Begrüßung damit, dass der Union jedes Verständnis dafür fehlt, dass das Tarifergebnis nicht zeit- und inhaltsgleich für die Beamtinnen und Beamten übernommen werde. (Anm. der Red. – damit unterscheidet sich die CDU überhaupt nicht von den anderen bisherigen Oppositionsparteien). Hauk und der Innenpolitische Sprecher Thomas Blenke kritisierten die Reform und stellten die Notwendigkeit in Frage, nach dem Motto – Warum, bisher war doch alles gut –.

Als sog. Experten waren die Vorsitzenden der DPoIG, Joachim Lautensack, des BdK, Manfred Klumpp, und unser Vorsitzender Rüdiger Seidenspinner geladen.

Obwohl nicht davon auszugehen war, dass im Plenum nur Befürworter der Polizeireform saßen, zumal im Vorfeld der



Veranstaltung auch eine Versammlung der DBB-Personalräte im Landtag stattgefunden hatte, ging Rüdiger Seidenspinner in seiner Stellungnahme darauf ein, dass die GdP die Reform kritisch, aber konstruktiv begleiten wolle.

Das Manuskript der Rede von Rüdiger Seidenspinner wurde zur Zusammenfassung der Veranstaltung an die CDU-Landtagsfraktion gesandt. **wki**

AUS DEN KG

Seniorenstammtisch der GdP-KG Heilbronn

Die Senioren der GdP-Kreisgruppe Heilbronn treffen sich zum Stammtisch am Montag, dem 13. Mai 2013, um 14.30 Uhr in der Kantine Polizeidirektion/Finanzamt Heilbronn. **ew**

Anzeige

Werden Sie Mitglied beim

»Deutschen Roten Kreuz«

Durch eine Teilnahme an einem »Erste Hilfe Kurs« können Sie gerade bei Autounfällen durch schnelle Hilfe vor Ort Menschenleben retten!

Spenden Sie Blut - um anderen zu helfen - damit Ihnen auch geholfen werden kann! Gerade diese Blutspenden haben schon vielen verunglückten Autofahrern geholfen.

Dieser Eindruck wurde ermöglicht durch

Labor Dr. Gärtner

Elisabethenstraße 11, 88212 Ravensburg, Tel. 07 51 / 5 02-0



„Gewalt gegen Polizeibeamte“

Unter diesem Motto fand am 22. März eine Medienkonferenz auf dem Motorschiff Europa auf dem Neckar bei Heidelberg statt, zu der zahlreiche Journalisten eingeladen waren.

Den Anfang der Veranstaltung übernahm unser Kollege Christian Beck, alias Chri Be (Gecko), der live mit seinem bis über die Grenzen von Baden-Württemberg hinaus bekannt gewordenen Rap-Song (in YouTube mittlerweile über eine Viertel-million Clicks) „Auch nur ein Mensch“ auf die Thematik einstimmte.

Nach der Begrüßung durch den Geschäftsführer der GdP, Ralf Knospe, ging Innenminister Gall in seinem Kurzreferat darauf ein, dass Baden-Württemberg eines der sichersten Länder sei und in der Kriminalstatistik als gute Tendenz z. B. die sinkende Jugendkriminalität festzustellen sei. Weniger erfreulich sei die steigende Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte. Deshalb habe er auch kein Verständnis für Presseartikel, wie jüngst in der F.A.S. und FAZnet unter der Überschrift „Gewalt gegen Polizisten, heule, heule Gänschen“, und warnt auch vor solchen vermeintlichen Wahrheiten. Bei der Thematik sollten vor al-



Die Junge Gruppe präsentierte den Journalisten die Körperschutzausstattung (KSA), hier im Gespräch mit Innenminister Reinhold Gall



Christian Beck alias Chri Be (Gecko)



Aufmerksame Zuhörer beim Vortrag von PD Dieter Schäfer

lem Journalisten den objektiven Blick bewahren.

Belastbare Zahlen seien z. B. auf der KFN-Studie zu bekommen, es sei traurig, dass jeden Tag in der BRD rein rechnerisch fünf Polizistinnen und Polizisten im Dienst eine Verletzung erleiden. Ebenso seien steigende Zahlen bei den Zuwendungen durch die Polizeistiftung festzustellen. Der Anstieg der Gewalt sei kein Phänomen z. B. von geschlossenen Einheiten, sondern sei bei allen Einsatzarten der Polizei festzustellen. Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten finde schwerpunktmäßig in den Abend- und Nachtstunden und an Wochenenden statt, bei über 70% der Gewaltübergriffe seien die Täter alkoholisiert. Häufiger als früher treffen Polizisten auf hohes Gewaltpotenzial, oftmals auf bewaffnete Täter. Über die Hälfte der Angriffshandlungen passierten während sog. Deeskalierungshandlungen, wie z. B. bei Hausstreitigkeiten.

Der Innenminister stellte als Lösungsansatz drei Punkte vor.

1. Respekt und Anerkennung.
2. Sicher und stark (darunter gehört z. B. das Einsatztraining, sog. Handlungskompetenz – wie wirke ich auf den anderen).
3. Verbündete und Vernetzung der Polizei (hierzu sei z. B. vorstellbar, dass sich Profifußballer nicht bei den Ultras oder Hooligans bedanken, sondern vielleicht auch bei den Polizistinnen oder Polizisten, die ständig für die Sicherheit in und um die Stadien sorgen).

Polizeidirektor Dieter Schäfer vom PP Mannheim berichtete über die Kurdeninsätze im September 2012 in Mannheim und schilderte als verantwortlicher Einsatzleiter, wie es zu der Gewalteskalation kommen konnte, bei der 71 Kolleginnen und Kollegen verletzt wurden.

Die GdP gratuliert herzlich

zur Beförderung zum/zur:

Polizeihauptkommissar A 12

Tuttlingen: Ludwig Frech.

Polizeihauptkommissar A 12

Rems-Murr: Herbert Vobornik.

Kriminaloberkommissarin

Ortenaukreis: Christine Werner.

Polizeihauptmeister mit Zulage

Bepo-Böblingen: Thomas Denning.

Rems-Murr-Kreis: Dieter Wistuba.

Polizeihauptmeister

Hohenlohekreis: Peter Gerlach.

Tübingen PD: Erdinc Killic.

Polizeiobermeister/-in

Rems-Murr-Kreis: Lisa Weckerle, Stefan Strobel.

Es traten in der Ruhestand:

Bepo-Biberach: Wolfgang Hirth.

Bepo-Bruchsal: Hanspeter Hörner.

Bepo-Göppingen: Rainer Maier.

Bodenseekreis: Franz Doering.

Karlsruhe PP: Klaus-Rainer Orth, Uwe Kaesler.

Landeskriminalamt: Werner Wondra.

Rottweil: Manfred Fiesel.

Ortenaukreis: Gerhard Boschert, Bernhard Höfler.

Stuttgart PP: Werner Hoppe, Manfred Schlecht.

(Zusammengestellt v. A. Burckhardt)

Dr. Uwe Schlosser, Generalstaatsanwalt aus Karlsruhe, der als Vertreter der Justiz eingeladen war, berichtete über eine ebenfalls steigende Gewalt gegenüber der Staatsanwaltschaft, den Gerichten und den Justizvollzugsbeamtinnen und -beamten.

Peter Jamin, Journalist und Schriftsteller, rundete die Veranstaltung mit seiner



In der Mittagspause nutzten die Journalisten die Zeit für Fragen und Interviews, hier Innenminister Gall im Interview mit einer Journalistin



MEDIENKONFERENZ

Buchlesung „Abgeknallt – Gewalt gegen Polizisten“ ab.

Für die GdP nahm Rüdiger Seidenspinner Stellung (Anm. der Red.: Aus Platzgründen wird die komplette Rede in einer der nächsten Ausgaben veröffentlicht). Die GdP habe anhand der von Betroffenen eingereichten Rechtsschutzanträge festgestellt, dass nicht nur die Körperverletzungen, sondern auch die Beleidigungen gegenüber Polizistinnen und

Polizisten enorm zugenommen habe. Er stellt klar, dass diese Beleidigungen kein Berufsrisiko sind, welches die Kolleginnen und Kollegen ertragen müssen.

Bulle und All Cops Are Bastards (A.C.A.B.) sind keine Ehrenbezeichnung sondern Beleidigungen und sind auch

durch keine noch so feinen juristischen Winkelzüge zu tolerieren, denn sie zeigen deutlich eine Einstellung, die nicht akzeptabel ist. Die GdP habe alle Fußballvereine in Baden-Württemberg bis zur 3. Liga angeschrieben. Über die Antworten werde berichtet.

Nachdem die zahlreichen Fragen der anwesenden Journalisten beantwortet waren, stellte Rüdiger Seidenspinner nachfolgenden GdP-Forderungskatalog auf:



Christian Beck alias Chri Be (Gecko) überreicht Innenminister Reinhold Gall eine CD des Rap „Auch nur ein Mensch“.

- Wir fordern einen eigenen Straftatbestand des § 115 StGB
- Wir fordern eine gesellschaftliche Ächtung der Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten
- Wir fordern ein Verbot von A.C.A.B. und allen anderen beleidigenden Äußerungen in den Fußballstadien
- Wir fordern eine wissenschaftliche Untersuchung, wie es zu dieser Gewalt kommt
- Wir fordern auch weiter ein Alkoholkonsumverbot im öffentlichen Raum, welches ein Instrument sein könnte, um Straftaten entgegenzuwirken. (Dass so etwas positiv sein kann, beweise das Alkoholverkaufsverbot an Tankstellen. Im Umfeld von Tankstellen seien in den meisten Fällen die Straftaten deutlich zurückgegangen)
- Wir fordern eine Verbesserung des dienstlichen Rechtsschutzes
- Wir fordern die Anerkennung unserer Arbeit auch in der Besoldung

Gewerkschaft der Polizei
Seminarprogramm
2013
08.04.2013

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der GdP- Landesbezirk führt 2013 noch folgende Seminare und Bildungsmaßnahmen durch. Sofern nichts anderes vermerkt, finden unsere Seminare in der Außenstelle der Akademie der Polizei in Wertheim statt. Eventuelle Besonderheiten sind bei den jeweiligen Maßnahmen direkt aufgeführt.

<p>20. - 21. Juni (nur noch wenige Plätze frei)</p> <p>07. - 09. Oktober <i>(Das Seminar ist ausgebucht, weitere Anmeldungen werden in einer Warteliste aufgenommen)</i></p> <p>18. Oktober</p> <p>28. - 30. Oktober</p> <p>06. - 07. Juni (nur noch wenige Plätze frei)</p> <p>03. - 04. Juni (nur noch wenige Plätze frei)</p> <p>18. Juni</p>	<p>GdP- Frauenseminar in Wertheim, Veranstalter der Landesfrauenvorstand</p> <p>GdP- Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ für alle, die schon im Ruhestand sind oder demnächst gehen, Veranstalter: Seniorengruppe, die Mitnahme der Ehepartner oder Lebensgefährten ist möglich.</p> <p>GdP- Seminar für die Beauftragten für Chancengleichheit in der GdP-Geschäftsstelle, Veranstalter der Landesfrauenvorstand.</p> <p>GdP- Tarifseminar in Wertheim für Kolleginnen und Kollegen, die bisher noch kein Seminar besucht haben.</p> <p>Personalräteschulung zur Polizeireform im Commundo Hotel Stuttgart. Für die Teilnahme ist ein Entschlagsbeschluss des Personalrats erforderlich.</p> <p>Personalräteschulung zur Polizeireform im Commundo Hotel Stuttgart. Für die Teilnahme ist ein Entschlagsbeschluss des Personalrats erforderlich.</p> <p>Schulung für Seniorenvertreter der Kreisgruppen aus dem Regierungsbezirk Karlsruhe in Pforzheim (Einladungen folgen rechtzeitig)</p> <p>Eine weitere eintägige Schulung für Seniorenvertreter aus den Kreisgruppen des Regierungsbezirk Freiburg. Weitere Informationen dazu folgen.</p> <p>Ebenfalls in Planung ist eine Personalräteschulung „Arbeitsschutz“ zum Thema Burnout im 2. Halbjahr. Sofern notwendig, werden auch Schulungen zum Thema Arbeitszeit angeboten.</p>
---	---

In Planung
In Planung

Außer für die Personalräteschulungen und die Seniorenveranstaltungen kann für alle Seminare Sonderurlaub nach der AZUVO und Arbeitsbefreiung nach dem TVL beantragt werden. Für alle Seminare (außer Personalräteschulungen) werden die Kosten von der GdP übernommen. Anmeldungen sind über die GdP Geschäftsstelle bei Andrea Stotz, Tel. 07042/8790 oder andrea.stotz@gdp-bw.de möglich. Dort erhältet ihr auch weitere Infos.

Es ist wieder soweit!
Auf geht's zur

20. GdP Kinder- u. Jugendfreizeit
GdP - JUNGE GRUPPE -
Landesbezirk Baden-Württemberg e.V.

Wann: In der ersten Woche der Sommerferien vom Sa. 27.07. – 03.08.2013

Wo: Zeltlager in Markelfingen (am Bodensee)

Für wen: Kinder zwischen 7 und 14 Jahren

Preis: Mitglieder 180 € / Nichtmitglieder 250 €

Im Preis enthalten:
1 Woche Vollpension mit Programm, Ausflüge, 1 T-Shirt, und vieles mehr!

Anmeldeunterlagen anfordern über die
GdP-Service GmbH BW, Tel. 07042 / 879-0 oder info@gdp-bw.de

Informationen zur Jugendfreizeit: mellilenehls@googlemail.com oder 0174 - 92 98 286
Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen



Wo gibts denn so was?! Der neue Vodafone-Rahmenvertrag ist da!

Mit Beginn des Monats März 2013 trat der neue Vodafone-Rahmenvertrag mit der GdP-Service GmbH BW in Kraft. GdP-Mitglieder und deren Angehörige haben jetzt die Möglichkeit, Mobilfunktarife in allen Variationen zu TOP-Konditionen in Anspruch zu nehmen.

Alle Informationen dazu gibt es auf unserer Homepage: www.gdp-haus.de unter der Rubrik „Mobilfunk“.

Die Konditionen aus diesem Rahmenvertrag gibt es exklusiv nur bei uns. Wir arbeiten ohne Vermittlungsprovisionen, Zwischen- und Unterhändler. Die dadurch erzielten Einsparungen geben wir zu 100 % direkt an die GdP-Mitglieder weiter und sind so in der Lage, diese günstigen Tarife zu garantieren. Die Verträge werden mit Vodafone direkt abgeschlossen und haben eine Laufzeit von 24 Monaten.



GdP-SERVICE-GMBH BW
MIT SICHERHEIT EIN GUTES GESCHÄFT

Partner der Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Baden-Württemberg e.V.



Nur bei uns:



TOP-Datentarif für z. B. subventionierte Tablets



Sprachtarif Professional M KEINE Grundgebühr



Alle Infos unter www.gdp-haus.de



TOP-Smartphonetarif Professional Plus

Herausgeber: GdP-Service GmbH BW, Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen - Tel.: 07042 - 879-0 - www.gdp-haus.de

